

Privatkonkurs: der Endsprint zur 10.000-Marke

Insolvenzstatistik Private I.-III. Quartal 2012

Schwacher Rückgang, obwohl es Bedarf an mehr Verfahren gäbe.

Wien, 03.10.2012 - In den ersten drei Quartalen 2012 wurde über 7.257 Personen der Privatkonkurs eröffnet. Rechnet man die Schuldenregulierungsverfahren der ersten drei Quartale 2012 linear hoch, so wird die magische Marke von 10.000 auch in diesem Jahr nicht erreicht werden. Und dies, obwohl der Bedarf an Schuldenregulierungen in den letzten 17 Jahren nicht gesunken, sondern gestiegen ist.

Gegenüber dem Vergleichszeitraum 2011 entsprechen die aktuellen Zahlen einem geringen Rückgang von 0,3 %. Das ist angesichts der Lage am Arbeitsmarkt als auch in Anbetracht der hohen Zahl an Menschen, die eines solchen Verfahrens bedürften, als ausgesprochen gering einzustufen.

Dazu der Insolvenzexperte des KSV1870 Dr. Hans-Georg Kantner: „Nach meiner Einschätzung hat dieses schwache Minus bei den Privatkonkursen vor allem damit zu tun, dass die Schuldenberatungen ganz einfach nicht über die erforderlichen Kapazitäten verfügen. Soweit ich mich erinnere, wurden letztmals im Jahr 2007 die Budgets dieser öffentlich finanzierten Einrichtungen aufgestockt. Augenscheinlich fallen weitere nötige Maßnahmen der Sparpolitik der Regierung zum Opfer“.

Seit Einführung des Schuldenregulierungsverfahrens (vulgo Privatkonkurs) am 1.1.1995 hat sich dieses Verfahren immer nur durch Zuwächse ausgezeichnet. Das hat vorwiegend damit zu tun, dass im Jahr 1995 in Österreich ca. 80.000 Personen als überschuldet und zahlungsunfähig eingeschätzt wurden. Das neue Verfahren hätte zu keinem besseren Zeitpunkt das Licht der Welt erblicken können, denn eine Reihe von Belastungspaketen, gepaart mit stagnierender Wirtschaftsentwicklung und teilweisen Reallohnverlusten, hat die Zahl der Insolventen Personen in genau diesen Jahren weiter in die Höhe schnellen lassen.

Die untenstehende Tabelle zeigt, wie sich seit 1.1.1995 die Verfahren – die in der Regel über 5 – 7 Jahre laufen - entwickelt haben und dass insgesamt über 88.000 Personen über ein solches Verfahren ihre Schulden zu bereinigen suchten.

Die anfänglichen hohen zweistelligen Zuwachsraten stellten gewissermaßen die Beschleunigungsphase dar; um das Jahr 2000 haben die Zuwächse deutlich nachgelassen, um bis 2008 wiederum lebhaft anzusteigen. Ganz auffällig ist der Knick nach der Krise 2008/09 –offenbar hat diese Krise die Zuversicht der verschuldeten Personen, dass sie ihre Schulden so in den Griff kriegen können, deutlich reduziert.

Es wird immer wieder behauptet, dass das Schuldenregulierungsverfahren nicht allen insolventen Personen „offenstehen“ würde. Dies ist eine extrem missverständliche Verkürzung des Sachverhaltes: Nach dem Gesetz, § 69 Abs. 2 Insolvenzordnung, ist jeder Schuldner verpflichtet, unverzüglich nach Eintritt der Zahlungsunfähigkeit das Insolvenzverfahren zu beantragen.

Was nicht jedem Schuldner offensteht, ist die Türe in die Schuldenfreiheit. Das führt zu der Situation, dass augenscheinlich emotional der Konkurs von vielen Menschen als Gefängnis empfunden wird, in das man pflichtgemäß hineingehen sollte, aber das keinen Weg hinaus mehr verspricht. Auch wenn diese Ansicht vielleicht psychologisch nachvollziehbar ist, steht sie nicht mit dem Gesetz im Einklang, das eben eine Rechtspflicht statuiert. Sie zieht auch

nicht ausreichend in Betracht, dass es sich für den Schuldner beim Konkurs um einen „sicheren Hafen“ handelt, weil die Schulden nach Konkurseröffnung nicht mehr anwachsen, da Zinsen und Kosten sofort gestoppt werden. Außerdem gibt es dann keine Exekutionen für einzelne Gläubiger mehr, sondern eine gleichmäßige Regulierung aller Schulden.

Was Gläubiger, Schuldner und zuweilen sogar deren Berater übersehen, ist die Tatsache, dass durch Konkurseröffnung ein Schuldner eine Bonität teilweise wiedererlangt, die er vordem nicht besaß. Denn er kann nun im Rahmen seiner bescheidenen Lebensführung Verbindlichkeiten wieder befriedigen, deren Begründung oder Befriedigung vor Konkurseröffnung rechtlich fallweise problematisch gewesen sein mag.

Jahr	Eröffnete Verfahren	Jährlicher Zuwachs
1995	782	
1996	1.262	61%
1997	1.626	29%
1998	2.040	25%
1999	2.570	26%
2000	2.816	10%
2001	3.025	7,4%
2002	3.234	6,9%
2003	3.773	17%
2004	4.670	24%
2005	5.343	14%
2006	6.315	18%
2007	7.357	17%
2008	8.480	15%
2009	9.007	6,2%
2010	9.028	0,2%
2011	9.596	6,3%
2012	7.315	-0,3%
Gesamt	88.187	

© KSV1870

Rein rechnerisch wurden in den Jahren 1995 bis 2012 jedenfalls mehr als die vor Einführung des Schuldenregulierungsverfahrens geschätzten 80.000 Insolventen in ein Verfahren gebracht. Dieses erbrachte ca. 80 % von ihnen die Schuldenfreiheit bzw. ist im Begriff, diese zu erbringen. Dennoch leben heute nach Schätzung des KSV1870 mindestens 100.000 Menschen in Österreich, die Schulden haben, die sie nicht bedienen können.

Die Zahl der jährlich neu insolvent werdenden Personen setzt sich aus jenen zusammen, die „echte Private“ sind, also unselbständig Beschäftigte, deren Schulden dem Konsum gedient haben, und den ehemals Selbständigen, deren Schulden jedenfalls auch beruflich bzw. unternehmerisch entstanden sind. Insgesamt schätzt der KSV1870, dass jährlich etwa 10.000 Personen aus beiden Gruppen neu insolvent werden, was etwa dem Niveau der Insolvenzverfahren der letzten Jahre entsprechen würde. Damit ist zu erkennen, dass seit etwa 3 - 4 Jahren die Zahl der Insolventen in Österreich stagniert, allerdings auf einem Niveau, das zweifellos höher ist als vor Einführung des Schuldenregulierungsverfahrens.

Bundesländer im Vergleich:

Schulden und Probleme damit sind nicht in allen Bundesländern gleich vertreten; Interessanterweise gibt es erstmals in manchen Bundesländern rückläufige Zahlen, und zwar ist dies in 5 von 9 Bundesländern der Fall.

Bundesland	Fälle 2012	Fälle 2011	Veränderung
Wien	3.041	2.917	4,3%
Niederösterreich	818	778	5,1%
Burgenland	127	105	21,0%
Oberösterreich	940	963	-2,4%
Salzburg	291	326	-10,7%
Vorarlberg	454	457	-0,7%
Tirol	512	555	-7,7%
Steiermark	546	611	-10,6%
Kärnten	528	564	-6,4%
Gesamt	7.257	7.276	-0,3%

© KSV1870

In der Vergangenheit gab es immer wieder Phasen, in denen in Oberösterreich oder Kärnten die Zahl der Privatkonkurse vorübergehend rückläufig war. Dies war leicht damit zu erklären, dass es sich um Bundesländer handelt, die sehr rasch ein verhältnismäßig hohes Niveau an Privatinsolvenzen erlebt hatten, also quasi „Vorreiter“ waren. Dass mittlerweile 5 von 9 Ländern einen Rücklauf zeigen, stimmt bedenklich und sollte die Frage aufwerfen, ob in diesen Bundesländern die Infrastruktur und die Ressourcen zur Schuldnerberatung ausreichend sind.

Insolvenzichte auf ein Jahr hochgerechnet	Materiell zahlungsunfähige Personen (aus Datenbanken des KSV1870)	Bevölkerung (letzte Zählung 2007)	Zahlungs-unfähige per capita 10.000	Konkurse per capita 10.000 p.a. (hochgerechnet)	Verfahren in % der zahlungs-unfähigen Personen
Kärnten	4.900	565.000	87	13	14,8%
Vorarlberg	5.100	365.000	140	17	12,2%
Tirol	5.900	700.500	84	10	11,6%
Oberösterreich	11.400	1.406.000	81	9	11,0%
Wien	45.600	1.665.000	274	24	8,9%
Salzburg	4.700	530.000	89	7	8,3%
Burgenland	2.500	281.000	89	6	6,7%
Niederösterreich	18.000	1.600.000	113	7	6,1%
Steiermark	12.700	1.204.000	105	6	5,8%
ÖSTERREICH	110.800	8.316.500	133	12	8,8%

© KSV1870

Diese Analyse zeigt, dass es erhebliche Unterschiede gibt, wie viele materiell zahlungsunfähige, also im Rechtssinn insolvente, Menschen in ihren jeweiligen Bundesländern den Weg in die Entschuldung beschreiten. Diese Unterschiede liegen neben der Beratertätigkeit auch an dem wirtschaftlichen Umfeld der Insolventen, also an der Frage, ob diese Personen die Zuversicht haben, über einen längeren Zeitraum Zahlungen an ihre

Gläubiger leisten zu können. Zuletzt mag auch das Image des Verfahrens im jeweiligen Bundesland eine Rolle spielen. Nicht selten kann ein Schuldner, der ein Verfahren erfolgreich durchgemessen hat, andere dazu ermutigen, es ihm gleichzutun. Tatsächlich entschulden sich in Kärnten die meisten insolventen Personen, wogegen die Steiermark das absolute Schlusslicht darstellt. Wien bildet nicht überraschend die „ruhende Mitte“ knapp am österreichischen Durchschnitt, was zweifellos durch die Anzahl der Bevölkerung und der insolventen Personen in Wien begründet liegt. Man sieht aus dieser Darstellung auch, in welchen Bundesländern es eventuell noch Nachholbedarf an Schuldenregulierung gibt.

Rechtliche Entwicklung

Die Diskussionen um eine Reform des österreichischen Entschuldungsrechts gehen nun schon in ihr 9. Jahr und haben de facto noch keine wesentlichen Erkenntnisse gebracht. Manche wollen eine umfassende Reform mit einer radikalen Verkürzung des Entschuldungszeitraumes á la Großbritannien, wo Erstschuldner nach nur einem Jahr schuldenfrei sein können und es keinerlei Mindestquote zu geben scheint. Diesen Ideen und Vorschlägen steht nicht überraschend die kreditgebende Wirtschaft mehr als distanziert gegenüber, die mit einigen sinnvollen Verbesserungen unter wesentlicher Beibehaltung des gegenwärtigen Systems einverstanden wäre. Auch die Justizbehörden haben Bedürfnisse und Interessen, die in Zeiten von Budget- und Ressourcenknappheit auf eine Vereinfachung und Beschleunigung des Verfahrens abzielen und Mehraufwand an Analyse und rechtlicher Entscheidungsnotwendigkeit ablehnen (müssen).

Dazu Insolvenzexperte Hans-Georg Kantner: „Auch wenn es Stimmen gibt, die eine ‚permanente Insolvenzreform‘ ironisierend ablehnen, muss man aus Sicht der Praxis doch festhalten, dass mehrere kleine Schritte für alle Stakeholder, also Schuldner, Gläubiger und die Justiz wohl am einfachsten zu verkraften wären. Eine radikale Erleichterung der Entschuldung wäre v. a. jenen Schuldnern gegenüber unfair, die sich in den letzten Jahren unter den geltenden Bedingungen maximal angestrengt haben, um die Zustimmung ihrer Gläubiger zu erlangen – nur um jetzt zusehen zu müssen, dass es anderen nun nahezu mühelos gelingen soll. Ich glaube, eine schrittweise Entwicklung wäre die erträglichste Lösung“.

Eine Novelle, die am 1.1.2013 in Kraft treten wird, ist de facto auszuschließen, und eine Lösung noch in dieser Legislaturperiode ausgesprochen unwahrscheinlich. Doch könnte eine rasche Einigung auf die heute schon konsensfähigen Punkte der regierenden Koalition zumindest in diesem doch für viele Menschen relevanten Rechtsgebiet eine Verbesserung bringen, auch wenn sie klein erscheinen mag, gemessen an den Zielen und Wünschen der Sozialpolitiker.

Ausblick auf 2012:

Zweifellos wird das vierte Quartal noch einiges an Eröffnungen bringen, doch erscheint heute die Marke von 10.000 Verfahren ferner denn letztes Jahr. Es wird sich ein knappes Plus gegenüber 2011 eventuell ausgehen, womit die magische Marke frühestens 2013 geknackt werden wird.

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Hans-Georg Kantner

Rückfragenhinweis:

Karin Stirner, Leiterin Unternehmenskommunikation
KSV1870 Holding AG, Wagenseilg. 7, 1120 Wien
Telefon: 050 1870-8226, e-Mail: stirner.karin@ksv.at,
www.ksv.at, <http://twitter.com/#!/KSV1870>

Privatkonkurse I.-III. Quartal 2012

	2012	2011	Veränderung	
Eröffnete Schuldenregulierungsverfahren	7.257	7.276	-	0,3 %
Geschätzte Insolvenzverbindlichkeiten	915 Mio.	893 Mio.	+	2,5 %

Eröffnete Privatkonkurse & geschätzte Passiva nach Bundesländer I. - III. Quartal 2012

Bundesland	Fälle 2012	Fälle 2011	Passiva 2012 in Mio. EUR	Passiva 2011 in Mio. EUR
Wien	3.041	2.917	301	296
Niederösterreich	818	778	130	134
Burgenland	127	105	36	20
Oberösterreich	940	963	120	114
Salzburg	291	326	53	36
Vorarlberg	454	457	54	53
Tirol	512	555	64	64
Steiermark	546	611	94	104
Kärnten	528	564	63	72
Gesamt	7.257	7.276	915	893

Mangels Masse abgewiesene Privatkonkurse I. - III. Quartal 2012

Bundesland	Fälle 2012	Fälle 2011
Wien	131	157
Niederösterreich	131	138
Burgenland	18	30
Oberösterreich	152	186
Salzburg	36	44
Vorarlberg	52	66
Tirol	63	92
Steiermark	143	147
Kärnten	54	57
Gesamt	780	917

Wien, 03.10.2012

Insolvenzstatistik für Unternehmen sowie Private

Die Insolvenzstatistik liefert Informationen über alle Insolvenzverfahren Österreichs (eröffnete Insolvenzen sowie mangels Masse abgewiesene Konkursanträge) nach Höhe der Forderungen, aufgeteilt nach Bundesländern, nach Branchen und nach Rechtsformen. Grundlage der Analyse sind einerseits die übermittelten Daten der zuständigen Landesgerichte sowie Bezirksgerichte und andererseits Informationen aus der KSV1870 Wirtschaftsdatenbank. Der KSV1870 erstellt diese Auswertungen regelmäßig zum ersten Halbjahr, zum ersten Halbjahr, für das erste bis dritte Halbjahr sowie eine Jahresauswertung. Zusätzlich gibt ein ausführlicher Insolvenzkommentar einen Überblick über die aktuelle wirtschaftliche Situation Österreichs. Der Vergleich der Insolvenzdaten bildet den aktuellen Stand der Konjunktur ab. Der Auswertung der KSV1870 Insolvenzstatistik liegt ein standardisiertes Verfahren zugrunde, welches regelmäßig die gleiche Art der Analyse liefert und daher die Insolvenzzahlen seit Jahren konsistent abbildet. Durch die Vergleichbarkeit der KSV1870 Statistiken ergeben sich Interpretationsspielräume, die ein realistisches Bild der zugrundeliegenden Analyse im gesamtwirtschaftlichen Kontext widerspiegeln. Eventuell auftretende Abweichungen – bei abgewiesenen Konkursanträgen, eröffneten Verfahren – erklären sich daraus, dass je nach Verfahrensart die Insolvenz einer Firma nur ein Mal pro Jahr gezählt wird. Auch Änderungen der Gerichtszuständigkeit während des Insolvenzverfahrens können leichte Verschiebungen möglich machen.

Rückfragenhinweis:

Karin Stirner, Leiterin Unternehmenskommunikation
KSV1870 Holding AG, Wagenseilg. 7, 1120 Wien
Telefon: 050 1870-8226, e-Mail: stirner.karin@ksv.at,
www.ksv.at, <http://twitter.com/#!/KSV1870>